

Stadtwerke Traunstein GmbH & Co. KG

Allgemeine Grundversorgungsbedingungen - Gas (AGBG)

I. Begriffsbestimmungen

II. Grundversorgung

1. Bedarfsdeckung
2. Art der Grundversorgung
3. Voraussetzung der Grundversorgung
4. Umfang der Grundversorgung
5. Haftung bei Versorgungsstörungen
6. Erweiterung und Änderung der Kundenanlagen sowie der Verbrauchsgeräte und Mitteilungspflichten

III. Aufgaben und Rechte des Grundversorgers

1. Messeinrichtungen
2. Ablesung
3. Zutrittsrecht
4. Vertragsstrafe

IV. Abrechnung der Gaslieferung

1. Abrechnung
2. Abschlagszahlungen
3. Vorauszahlungen
4. Sicherheitsleistungen
5. Rechnungen und Abschläge
6. Zahlung und Verzug
7. Berechnungsfehler

V. Lieferantenwechsel und Lieferantenkonkurrenz

1. Lieferantenwechsel
2. Lieferantenkonkurrenz

VI. Unterbrechung und Beendigung des Grundversorgungsverhältnisses

1. Unterbrechung der Versorgung
2. Ordentliche Kündigung
3. Fristlose Kündigung

VII. Entgelte, Ersatzversorgung und Sonstiges

1. Entgelte, Bestimmungsrecht, Anpassung von Preisen
2. Ersatzversorgung
3. Gerichtsstand
4. Änderung der AGBG und der Ergänzenden Bedingungen
5. Einwilligung des Kunden nach dem Bundesdatenschutzgesetz (BDSG)

I. Begriffsbestimmungen

1. Eigenanlagen sind Anlagen zur Deckung des Eigenbedarfes, die nicht vom Netzbetreiber oder vom Versorger betrieben werden.
2. Entnahmestelle ist das Ende des Netzanschlusses und der Punkt, an dem vom Kunden Gas aus dem Verteilernetz entnommen wird.
3. Kunde ist der Haushaltskunde, der überwiegend Gas für den Eigenverbrauch kauft und in der Grundversorgung vom Grundversorger nach § 36 EnWG mit Gas beliefert wird.
4. Kundenanlage ist die Gasanlage hinter der Hauptsperreinrichtung, mit Ausnahme des Druckregelgerätes und der Messeinrichtungen.
5. Netzanschluss ist die Verbindung des Verteilernetzes mit der Kundenanlage.
6. Netzbetreiber ist der Betreiber des Verteilernetzes.
7. Gas ist Erdgas.
8. Gaslieferant ist eine natürliche oder juristische Person, deren Geschäftstätigkeit ganz oder teilweise auf den Vertrieb von Gas zum Zwecke der Belieferung von Letztverbrauchern ausgerichtet ist.
9. Grundversorgungsvertrag ist der Vertrag, aufgrund dessen der Kunde vom Versorger im Rahmen der Grundversorgung nach § 36 EnWG mit Gas beliefert wird.
10. Grundversorger sind die Stadtwerke.
11. Verteilernetz ist das örtliche Netz des Netzbetreibers, das überwiegend zur Versorgung von Letztverbrauchern mit Gas dient.

II. Grundversorgung

1. Bedarfsdeckung

- 1.1 Der Kunde ist für die Dauer des Grundversorgungsvertrages verpflichtet, seinen gesamten leitungsgebundenen Gasbedarf aus den Gaslieferungen des Grundversorgers zu decken. Ausgenommen ist die Bedarfsdeckung durch Eigenanlagen zur Nutzung regenerativer Energiequellen.
- 1.2 Gas ist ein steuerbegünstigtes Energieerzeugnis. Es darf nicht als Kraftstoff verwendet werden, es sei denn, eine solche Verwendung ist nach dem Energiesteuergesetz oder nach der Energiesteuer-Durchführungsverordnung zulässig. Jede andere Verwendung als Kraftstoff hat steuer- und strafrechtliche Folgen. In Zweifelsfällen ist eine Abstimmung mit dem zuständigen Hauptzollamt vorzunehmen.

2. Art der Grundversorgung

- 2.1 Der Grundversorger kann im Interesse des Kunden die für die Durchführung der Gaslieferung erforderlichen Verträge mit dem Netzbetreiber abschließen. Er trifft die ihm möglichen Maßnahmen, um dem Kunden an der Entnahmestelle, zu dessen Nutzung der Kunde nach dem Anschlussnutzungsverhältnis zwischen ihm und dem Netzbetreiber berechtigt ist, zu den jeweiligen Allgemeinen Preisen und AGBG zur Verfügung zu stellen.
- 2.2 Das Gas wird im Rahmen der Grundversorgung für Zwecke des Letztverbrauchs geliefert.
- 2.3 Welche Gasart für das Vertragsverhältnis maßgebend sein soll, ergibt sich aus der Gasart des jeweiligen Gasversorgungsnetzes der Allgemeinen Versorgung, an das die Anlage, über die der Kunde Gas entnimmt, angeschlossen ist. Der Brennwert mit der sich aus den Erzeugungs- oder Benutzungsverhältnissen ergebenden Schwankungsbreite sowie der für die Belieferung des Kunden maßgebende Ruhedruck des Gases ergeben sich aus den ergänzenden Bestimmungen des Netzbetreibers zu den allgemeinen Netzanschlussbedingungen der Anlage, über die der Kunde Gas entnimmt.

3. Voraussetzung der Grundversorgung

- 3.1 Voraussetzung für die Belieferung des Kunden mit Gas durch den Grundversorger auf der Grundlage des Grundversorgungsvertrages ist, dass zwischen dem Anschlussnehmer und dem Netzbetreiber ein Netzanschluss- und zwischen dem Anschlussnutzer und dem Netzbetreiber ein Anschlussnutzungsverhältnis besteht.
- 3.2 Der Kunde kann hinsichtlich der Nutzung des Netzanschlusses keine weitergehenden Rechte geltend machen, als der Anschlussnehmer nach dem Netzanschlussvertrag.

4. Umfang der Grundversorgung

- 4.1 Der Grundversorger wird den Gasbedarf des Kunden im Rahmen von § 36 EnWG befriedigen und für die Dauer des Grundversorgungsvertrages im vertraglich vorgesehen Umfang nach Maßgabe von Ziffer 3 jederzeit Gas zu den jeweils geltenden Allgemeinen Preisen und AGBG an der Entnahmestelle zur Verfügung stellen. Dies gilt nicht, soweit
 - a) die Allgemeinen Preise zeitliche Beschränkungen vorsehen,
 - b) und solange der Netzbetreiber den Netzanschluss und die Anschlussnutzung nach § 17 NDAV oder § 24 Abs. 1, 2 und 5 NDAV unterbrochen hat, oder
 - c) und solange der Grundversorger an der Erzeugung und dem Bezug oder der vertragsgemäßen Lieferung von Gas durch höhere Gewalt oder sonstige Umstände, deren Beseitigung ihm nicht möglich ist oder im Sinne des § 36 Abs. 1 Satz 2 EnWG wirtschaftlich nicht zugemutet werden kann, gehindert ist.

5. Haftung bei Versorgungsstörungen

- 5.1 Bei einer Unterbrechung oder bei Unregelmäßigkeiten in der Gasversorgung ist, soweit es sich um Folgen einer Störung des Netzbetriebs handelt, der Grundversorger von der Leistungspflicht befreit. Satz 1 gilt nicht, soweit die Unterbrechung auf nichtberechtigten Maßnahmen des Grundversorgers nach Abschnitt VI, Ziffer 1 beruht.
- 5.2 Der Grundversorger ist verpflichtet, seinen Kunden auf Verlangen unverzüglich über die mit der Schadensverursachung durch die Netzbetreiber zusammenhängenden Tatsachen insoweit Auskunft zu geben, als sie ihm bekannt sind oder von ihm in zumutbarer Weise aufgeklärt werden können.

6. Erweiterung und Änderung der Kundenanlagen sowie der Verbrauchsgeräte und Mitteilungspflichten

- 6.1 Erweiterungen und Änderungen von Kundenanlagen sowie die Verwendung zusätzlicher Gasgeräte sind dem Grundversorger vom Kunden unverzüglich schriftlich mitzuteilen, soweit sich dadurch preisliche Bemessungsgrößen ändern.

- 6.2 Nähere Einzelheiten über den Inhalt der Mitteilung können vom Grundversorger in Ergänzenden Bedingungen geregelt werden. Der Grundversorger kann solche Ergänzenden Bedingungen auf seiner Internetseite veröffentlichen.

III. Aufgaben und Rechte des Grundversorgers

1. Messeinrichtungen

- 1.1 Das vom Kunden an der Entnahmestelle entnommene Gas wird durch die Messeinrichtung nach § 21 b EnWG festgestellt, die den eichrechtlichen Bestimmungen entsprechen müssen und die nur unter Einhaltung der eichrechtlichen Vorschriften verwendet werden dürfen. Die Lieferung, Anbringung, Überwachung, Unterhaltung und Entfernung der Messeinrichtungen ist Aufgabe des Messstellenbetreibers im Sinne von § 21 b EnWG
- 1.2 Messstellenbetreiber im Sinne von Abschnitt III, Ziffer 1.1 ist der örtliche Netzbetreiber, wenn der Anschlussnutzer nicht eine hiervon abweichende Regelung gemäß § 21 b EnWG trifft oder zwischen Grundversorger und dem Kunden etwas anderes vereinbart ist.
- 1.3 Der Kunde haftet gegenüber dem Messstellenbetreiber für das Abhandenkommen und die Beschädigung von Mess- und Steuereinrichtungen, soweit ihn hieran ein Verschulden trifft. Er hat den Verlust, die Beschädigung oder Störung dieser Einrichtung dem Grundversorger und dem Messstellenbetreiber unverzüglich mitzuteilen.
- 1.4 Der Grundversorger ist verpflichtet, auf Verlangen des Kunden jederzeit eine Nachprüfung der Messeinrichtungen durch eine Eichbehörde oder einer staatlich anerkannten Prüfstelle im Sinne des § 2 Abs. 4 des Eichgesetzes zu veranlassen. Stellt der Kunde den Antrag auf Prüfung nicht bei dem Grundversorger, so hat er diesen zugleich mit der Antragstellung zu benachrichtigen. Die Kosten der Prüfung nach Satz 1 fallen dem Messstellenbetreiber zur Last, falls die Abweichung die gesetzlichen Verkehrsfehlergrenzen überschreitet, sonst dem Kunden

2. Ablesung

- 2.1 Der Grundversorger ist berechtigt, für den Zweck der Abrechnung die Ablesedaten zu verwenden, die er vom Netzbetreiber erhalten hat.
- 2.2 Der Grundversorger kann die Messeinrichtungen selbst ablesen oder verlangen, dass diese vom Kunden abgelesen werden, wenn dies
 - a) zum Zwecke einer Abrechnung nach Abschnitt IV.,
 - b) anlässlich eines Lieferantenwechsels, oder
 - c) bei einem berechtigten Interesse des Grundversorgers an einer Überprüfung der Ablesung erfolgt. Der Kunde kann einer Selbstablesung im Einzelfall widersprechen, wenn diese ihm nicht zumutbar ist. In diesem Fall wird der Grundversorger bei einem berechtigtem Widerspruch nach Satz 2 bei einer Ablesung kein gesondertes Entgelt verlangen.
- 2.3 Wenn der Messstellenbetreiber, der Messdienstleister oder der Grundversorger das Grundstück und die Räume des Kunden nicht zum Zwecke der Ablesung betreten kann, darf der Grundversorger den Verbrauch auf der Grundlage der letzten Ablesung oder bei einem Neukunden nach dem Verbrauch vergleichbarer Kunden unter angemessener Berücksichtigung der tatsächlichen Verhältnisse schätzen. Dasselbe gilt, wenn der Kunde seiner Verpflichtung zur Selbstablesung nicht oder verspätet nachkommt.

3. Zutrittsrecht

- 3.1 Der Kunde hat nach vorheriger Benachrichtigung dem mit einem Ausweis versehenen Beauftragten des Messstellenbetreibers, des Messdienstleisters, des Netzbetreibers oder des Grundversorgers den Zutritt zu seinem Grundstück und zu seinen Räumen zu gestatten, soweit dies zur Ermittlung preislicher Bemessungsgrundlagen oder zur Ablesung der Messeinrichtungen nach Abschnitt III, Ziffer 2 erforderlich ist. Die Benachrichtigung kann durch Mitteilung an die jeweiligen Kunden oder durch Aushang an oder im jeweiligen Haus erfolgen. Sie wird mindestens eine Woche vor dem Betretungstermin erfolgen, wobei mindestens ein Ersatztermin angeboten wird. Der Kunde hat dafür Sorge zu tragen, dass die Messeinrichtungen uneingeschränkt zugänglich sind. Von Unternehmen im Sinne von § 14 BGB ist während der Geschäftszeiten jederzeit nach vorheriger Ankündigung von einem Tag der Zutritt zu gewähren.

4. Vertragsstrafe

- 4.1 Verbraucht ein Kunde Gas unter Umgehung, Beeinflussung, vor Anbringung der Messeinrichtungen oder nach Unterbrechungen der Grundversorgung, so ist der Grundversorger berechtigt, vom Kunden eine Vertragsstrafe zu verlangen. Diese ist für die Dauer des unbefugten Gebrauchs, längstens aber für sechs Monate, auf der Grundlage einer täglichen Nutzung der unbefugten verwendeten Verbrauchsgüter von bis zu 10 Stunden nach dem für den Kunden geltenden Allgemeinen Preis zu berechnen. Eine Vertragsstrafe kann auch dann verlangt werden, wenn der Kunde vorsätzlich oder grob fahrlässig die Verpflichtung verletzt, die zur Preisbildung erforderlichen Angaben zu machen. Die Vertragsstrafe beträgt das Zweifache des Betrages, den der Kunde bei Erfüllung seiner Verpflichtung nach den für ihn geltenden Allgemeinen Preisen zusätzlich zu bezahlen gehabt hätte. Sie wird längstens für einen Zeitraum von sechs Monaten verlangt.
- 4.2 Ist die Dauer des unbefugten Gebrauchs oder der Beginn der Mitteilungspflicht nicht festzustellen, so kann die Vertragsstrafe in entsprechender Anwendung von Abschnitt III Ziffer 4.1 und 4.2 für einen geschätzten Zeitraum, der längstens sechs Monate betragen darf, erhoben werden.

IV. Abrechnung der Gaslieferung

1. Abrechnung

- 1.1 Der Gasverbrauch wird - sofern nichts anderes vereinbart ist - nach Maßgabe von § 40 Abs. 2 EnWG abgerechnet.
- 1.2 Ändert sich innerhalb eines Abrechnungszeitraums die verbrauchsabhängigen Preise, so wird der für die neuen Preise maßgebliche Verbrauch zeitanteilig berechnet. Jahreszeitliche Verbrauchsschwankungen werden auf der Grundlage der für vergleichbare Kunden maßgeblichen Erfahrungswerte angemessen berücksichtigt. Entsprechendes gilt bei Änderungen des Umsatzsteuersatzes und erlösabhängiger Abgabensätze.
- 1.3 Kommt der Grundversorgungsvertrag nach § 2 Abs. 2 GasGVV zustande, ist eine pauschale zeitanteilige Berechnung des Verbrauchs zulässig, es sei denn, der Kunde kann einen geringeren als den vom Grundversorger angesetzten Verbrauch nachweisen.

2. Abschlagszahlungen

- 2.1 Wird der Verbrauch für mehrere Monate abgerechnet, so kann der Grundversorger auf der Grundlage des nach der letzten Abrechnung verbrauchten Gases für die Zukunft Abschlagszahlungen verlangen. Diese sind anteilig für den Zeitraum der Abschlagszahlung entsprechend dem Verbrauch im zuletzt abgerechneten Zeitraum zu berechnen. Ist eine solche Berechnung nicht möglich, so bemisst sich die Abschlagszahlung nach dem durchschnittlichen Verbrauch vergleichbarer Kunden. Macht der Kunde in Textform glaubhaft, dass sein Verbrauch erheblich geringer ist, so ist dies angemessen zu berücksichtigen.
- 2.2 Ändern sich die Allgemeinen Preise, so können die nach der Preisänderung anfallenden Abschlagszahlungen mit dem Vomhundertsatz der Preisänderung entsprechend angepasst werden.
- 2.3 Ergibt sich bei der Abrechnung, dass zu hohe Abschlagszahlungen verlangt wurden, so wird der übersteigende Betrag unverzüglich vom Grundversorger erstattet, spätestens wird er mit der nächsten Abschlagsforderung verrechnet. Nach Beendigung des Grundversorgungsvertrages werden vom Grundversorger zuviel gezahlte Abschläge unverzüglich erstattet.

3. Vorauszahlungen

- 3.1 Der Grundversorger ist berechtigt, für den Gasverbrauch eines Abrechnungszeitraums Vorauszahlungen zu verlangen, wenn nach den Umständen des Einzelfalles Grund zu der Annahme besteht, dass der Kunde seinen Zahlungsverpflichtungen nicht oder nicht rechtzeitig nachkommt. Bei Verlangen einer Vorauszahlung wird der Kunde hierüber ausdrücklich und in verständlicher Form unterrichtet. Hierbei werden der Beginn, die Höhe und die Gründe der Vorauszahlung sowie die Voraussetzungen für Ihren Wegfall angegeben.
- 3.2 Die Vorauszahlung bemisst sich nach dem Verbrauch des vorhergehenden Abrechnungszeitraums oder dem durchschnittlichen Verbrauch vergleichbarer Kunden. Macht der Kunde in Textform glaubhaft, dass sein Verbrauch erheblich geringer ist, so ist dies angemessen zu berücksichtigen. Erstreicht sich der Abrechnungszeitraum über mehrere Monate und erhebt der Grundversorger Abschlagszahlungen, so wird er die Vorauszahlung nur in ebenso vielen Teilbeträgen verlangen. Die Vorauszahlung ist bei der nächsten Rechnungsabteilung zu verrechnen.
- 3.3 Statt eine Vorauszahlung zu verlangen, kann der Grundversorger beim Kunden einen Bargeld- oder Chipkartenzähler oder sonstige vergleichbare Vorauskassensysteme einrichten.

4. Sicherheitsleistung

- 4.1 Ist der Kunde zur Vorauszahlung nach vorstehender Ziffer 3 nicht bereit oder nicht in der Lage, kann der Grundversorger in angemessener Höhe Sicherheit verlangen, die mindestens das Zweifache des voraussichtlichen monatlichen Entgelts nach dem Grundversorgungsvertrag beträgt.
- 4.2 Barsicherheiten werden zum jeweiligen Basiszinssatz nach § 247 des Bürgerlichen Gesetzbuches verzinst.
- 4.3 Ist der Kunde in Verzug und kommt er nach erneuter Zahlungsaufforderung nicht unverzüglich seinen Zahlungsverpflichtungen aus dem Grundversorgungsverhältnis nach, so kann der Grundversorger die

- Sicherheit verwerten. Hierauf ist in der Zahlungsaufforderung hinzuweisen. Kursverluste beim Verkauf von Wertpapieren gehen zu Lasten des Kunden.
- 4.4 Die Sicherheit ist vom Grundversorger zurückzugeben, wenn keine Vorauszahlung mehr verlangt werden kann.
- 5. Rechnungen und Abschläge**
- 5.1 Vordrucke für Rechnungen und Abschläge werden vom Grundversorger verständlich gestaltet. Die für die Forderung maßgeblichen Berechnungsfaktoren werden vom Grundversorger vollständig und in allgemein verständlicher Form ausgewiesen.
- 5.2 Neben dem in Rechnung gestellten Verbrauch wird vom Grundversorger der Verbrauch des vergleichbaren Vorjahreszeitraums angegeben. Auf im Abrechnungszeitraum eingetretene Änderungen der Allgemeinen Preise und Bedingungen wird der Grundversorger hinweisen.
- 6. Zahlung und Verzug**
- 6.1 Rechnungen und Abschläge werden zu dem vom Grundversorger in der Rechnung angegebenen Zeitpunkt, frühestens jedoch zwei Wochen nach Zugang der Zahlungsaufforderung fällig. Einwände gegen Rechnungen und Abschlagsberechnungen berechtigen den Kunden gegenüber dem Grundversorger zum Zahlungsaufschub oder zur Zahlungsverweigerung nur, wenn die ernsthafte Möglichkeit eines offensichtlichen Fehlers vorliegt. Gleiches gilt, sofern der in einer Rechnung angegebene Verbrauch ohne ersichtlichen Grund mehr als doppelt so hoch wie der vergleichbare Verbrauch im vorherigen Abrechnungszeitraum ist, der Kunde eine Nachprüfung der Messeinrichtungen verlangt und solange durch die Nachprüfung nicht die ordnungsgemäße Funktion des Messgeräts festgestellt ist.
- 6.2 Bei Zahlungsverzug des Kunden kann der Grundversorger, wenn er erneut zur Zahlung auffordert oder den Betrag durch einen Beauftragten einziehen lässt, die dadurch entstandenen Kosten auch pauschal berechnen; die pauschale Berechnung muss einfach nachvollziehbar sein. Die Pauschale darf die nach dem gewöhnlichen Lauf der Dinge zu erwartenden Kosten nicht übersteigen. Auf Verlangen des Kunden ist die Berechnungsgrundlage nachzuweisen.
- 6.3 Gegen Ansprüche des Grundversorgers kann vom Kunden nur mit unbestrittenen oder rechtskräftig festgestellten Gegenansprüchen aufgerechnet werden.
- 7. Berechnungsfehler**
- 7.1 Ergibt eine Prüfung der Messeinrichtung eine Überschreitung der Verkehrsfehlergrenzen oder werden Fehler in der Ermittlung des Rechnungsbetrages festgestellt, so ist eine Überzahlung vom Grundversorger zurückzuzahlen oder der Fehlbetrag vom Kunden nachzutragen. Ist die Größe des Fehlers nicht einwandfrei festzustellen oder zeigt eine Messeinrichtung nicht an, so ermittelt der Grundversorger den Verbrauch für die Zeit seit der letzten fehlerfreien Ablesung aus dem Durchschnittsverbrauch des ihr vorhergehenden und des der Feststellung des Fehlers nachfolgenden Zeitraums oder aufgrund des vorjährigen Verbrauchs durch Schätzung, wobei die tatsächlichen Verhältnisse angemessen zu berücksichtigen sind. Bei Berechnungsfehlern aufgrund einer nicht ordnungsgemäßen Funktion einer Messeinrichtung ist der vom Messstellenbetreiber ermittelte und dem Kunden mitgeteilte korrigierte Verbrauch der Nachberechnung zu Grunde zu legen.
- 7.2 Ansprüche nach Abschnitt IV. Ziffer 7.1 sind auf den der Feststellung des Fehlers vorhergehenden Ablesungszeitraum beschränkt, es sei denn, die Auswirkung des Fehlers kann über einen größeren Zeitraum festgelegt werden; in diesem Fall ist der Anspruch auf längstens drei Jahre beschränkt.
- V. Lieferantenwechsel und Lieferantenkonkurrenz**
- 1. Lieferantenwechsel**
- 1.1 Der Wechsel des Kunden zu einem anderen Gaslieferanten ist - unter Beachtung der vereinbarten Vertragslaufzeit und Kündigungsfristen - nur zum Ende eines Kalendermonats möglich, wenn der Kunde den Grundversorgungsvertrag mit dem Grundversorger mit einer Frist von mindestens einem Monat zum Ablauf des Monats vor dem beabsichtigten Lieferbeginn durch den neuen Gaslieferanten kündigt. Dies gilt nicht im Rahmen der Ersatzversorgung.
- 1.2 Für den Wechsel des Gaslieferanten wird der Grundversorger kein Entgelt erheben.
- 1.3 Zu dem Termin, zu dem der Kunde seinen Gaslieferanten wechselt, erfolgt die Ermittlung des Zählerstandes. Auf Verlangen des Grundversorgers hat der Kunde den Zählerstand selbst abzulesen und dem Grundversorger spätestens einen Monat nach dem Wechsel des Gaslieferanten in Textform mitzuteilen.
- 2. Lieferantenkonkurrenz**
- 2.1 Eine Lieferantenkonkurrenz liegt vor, wenn die Entnahmestelle des Kunden von mehreren Gaslieferanten für den gleichen Zeitraum oder Lieferbeginn in Anspruch genommen wird.
- 2.2 Findet nicht rechtzeitig vor Lieferbeginn eine Einigung zwischen den betroffenen Gaslieferanten statt, erfolgt die Gasbelieferung des Kunden durch den Gaslieferanten, der die Belieferung der Entnahmestelle des Kunden an den Netzbetreiber zuerst vollständig und ordnungsgemäß mitgeteilt hat.
- VI. Unterbrechung und Beendigung des Grundversorgungsverhältnisses**
- 1. Unterbrechung der Versorgung**
- 1.1 Der Grundversorger ist berechtigt, die Grundversorgung fristlos durch den Netzbetreiber unterbrechen zu lassen, wenn der Kunde diesen Allgemeinen Grundversorgungsbedingungen in nicht unerheblichem Maße schuldhaft zuwiderhandelt und die Unterbrechung erforderlich ist, um den Gebrauch von Gas unter Umgehung, Beeinflussung oder vor Anbringung der Messeinrichtungen zu verhindern.
- 1.2 Bei anderen Zuwiderhandlungen, insbesondere bei der Nichterfüllung einer Zahlungsverpflichtung trotz Mahnung, ist der Grundversorger berechtigt, die Grundversorgung vier Wochen nach der Androhung unterbrechen zu lassen und den zuständigen Netzbetreiber mit der Unterbrechung der Grundversorgung zu beauftragen. Dies gilt nicht, wenn die Folgen der Unterbrechung außer Verhältnis zur Schwere der Zuwiderhandlung stehen oder der Kunde darlegt, dass hinreichende Aussicht darauf besteht, dass er seinen Verpflichtungen zukünftig wieder uneingeschränkt nachkommt. Der Grundversorger kann mit der Mahnung zugleich die Unterbrechung der Grundversorgung androhen, sofern diese nicht außer Verhältnis zur Schwere der Zuwiderhandlung steht.
- 1.3 Der Beginn der Unterbrechung der Grundversorgung ist dem Kunden drei Werktage im Voraus anzukündigen.
- 1.4 Der Grundversorger hat die Grundversorgung unverzüglich wiederherstellen zu lassen, sobald die Gründe für ihre Unterbrechung entfallen sind und der Kunde die Kosten der Unterbrechung und Wiederherstellung der Grundversorgung ersetzt hat. Die Kosten können für strukturell vergleichbare Fälle pauschal berechnet werden; die pauschale Berechnung muss einfach nachvollziehbar sein. Die Pauschale darf die nach dem gewöhnlichen Lauf der Dinge zu erwartenden Kosten nicht übersteigen. Auf Verlangen des Kunden ist die Berechnungsgrundlage nachzuweisen. Der Nachweis geringerer Kosten ist dem Kunden zu gestatten.
- 2. Ordentliche Kündigung**
- 2.1 Bei einem Umzug ist der Kunde berechtigt, den Vertrag mit zweiwöchiger Frist auf das Ende eines Kalendermonats zu kündigen. Eine Kündigung durch den Grundversorger ist nur möglich, soweit eine Pflicht zur Grundversorgung nach § 36 Abs. 1 Satz 2 EnWG nicht besteht.
- 2.2 Die Kündigung bedarf der Textform. Der Grundversorger soll eine Kündigung des Kunden innerhalb einer Frist von zwei Wochen nach Eingang in Textform bestätigen.
- 2.3 Der Grundversorger wird keine gesonderten Entgelte für den Fall einer Kündigung des Grundversorgungsvertrages, insbesondere wegen eines Wechsels des Gaslieferanten, verlangen.
- 3. Fristlose Kündigung**
- Der Grundversorger ist in den Fällen von Abschnitt VI. Ziffer 1.1 berechtigt, das Vertragsverhältnis fristlos zu kündigen, wenn die Voraussetzungen zur Unterbrechung der Grundversorgung wiederholt vorliegen. Bei wiederholten Zuwiderhandlungen nach Abschnitt VI. Ziffer 1.2 ist der Grundversorger zur fristlosen Kündigung berechtigt, wenn sie zwei Wochen vorher angedroht wurde. Abschnitt VI. Ziffer 1.2 Satz 2 und 3 gelten entsprechend.
- VII. Entgelte, Ersatzversorgung und Sonstiges**
- 1. Entgelte, Bestimmungsrecht, Anpassung von Preisen**
- 1.1 Die Höhe der jeweiligen Entgelte für die Leistungen des Grundversorgers gegenüber dem Kunden ergibt sich aus dem jeweils geltenden Preisblatt des Grundversorgers, das in der jeweils aktuellsten Fassung mit der vorbehaltlosen Abnahme des vom Grundversorger gelieferten Gases durch den Kunden über einen Zeitraum von mindestens 3 Monaten und dreimaliger Zahlung entsprechender Abschläge auf der Grundlage des jeweils aktuellen Preisblattes des Grundversorgers als vereinbart gilt. Für im Preisblatt nicht aufgeführte Leistungen, die im Auftrag des Kunden oder dessen mutmaßlichen Interesse vom Grundversorger erbracht werden und die, nach den Umständen zu urteilen, nur gegen eine Vergütung zu erwarten sind, kann der Grundversorger die Höhe der Entgelte nach billigem Ermessen (§ 315 BGB) bestimmen.
- 1.2 In den Preisen für die Gaslieferung sind insbesondere die Entgelte für das gelieferte Gas, die Netznutzung, die Messeinrichtung(en), die Messung und die Abrechnung, die gesetzliche Gas- und Umsatzsteuer sowie die Konzessionsabgabe, alle in ihrer jeweils gültigen Höhe enthalten.
- 1.3 Bei der Erhöhung oder Neueinführungen von Netzentgelten, Steuern und Abgaben oder sonstigen durch Gesetz, Rechtsverordnung oder von der zuständigen Regulierungsbehörde rechtskräftig festgesetzten Mehrkosten kann der Grundversorger unter Ausübung seines pflichtgemäßen Ermessens (§ 315 BGB) hieraus entstehende Mehrkosten an den Kunden weiterberechnen. Dies gilt nicht, soweit die Erhöhung nach Höhe und Zeitpunkt ihres Entstehens bereits bei Vertragsschluss konkret vorhersehbar waren, die jeweiligen gesetzlichen Regelungen, Netzentgelte oder Festsetzungen der Regulierungsbehörde der Weiterberechnung entgegenstehen oder seit dem Zustandekommen des Vertrages noch keine vier Monate vergangen sind. Die Weitergabe ist auf die Erhöhung beschränkt, die nach dem Sinn und Zweck der gesetzlichen Regelung (z. B. nach Kopf oder nach Verbrauch) dem einzelnen Vertragsverhältnis zugeordnet werden können.
- 1.4 Mit Netzentgelten, Steuern, Abgaben oder Mehrkosten nach Ziffer 1.3 Satz 1 korrespondierende Kostentlastungen - z. B. der Wegfall oder die Verringerung einer Steuer, Abgabe, eines Netzentgeltes oder von Mehrkosten - sind bei der Kostenbelastung in voller Höhe dem Kunden anzurechnen. Eine entlastende Weitergabe hat mit Wirksamwerden der betreffenden Absenkung oder dem Wegfall zu erfolgen. Gleiches gilt für den Fall des Wegfalls oder der Verringerung ohne korrespondierende Kostenbelastung.
- 1.5 Erhält der Kunde eine neue Messeinrichtung im Sinne des § 21 b Abs. 3a oder Abs. 3 b EnWG oder wird diese ausgewechselt und werden dem Grundversorger dafür vom Messstellenbetreiber andere Entgelte in Rechnung gestellt wie bisher, kann der Grundversorger unter Ausübung pflichtgemäßen Ermessens (§ 315 BGB) eine entsprechende Erhöhung an den Kunden weitergeben; im Falle einer Kostensenkung ist er hierzu auf den Zeitpunkt der eingetretenen Reduzierung verpflichtet.
- 1.6 Der Kunde wird über Änderungen nach Ziffer 1.3 bis 1.5 spätestens mit der nächsten Abrechnung informiert. Die Höhe der Abschlagszahlungen kann entsprechend angepasst werden.
- 1.7 Für Preisänderungen außerhalb von Ziffer 1.3 (Netzentgelte, Steuern, Abgaben und Mehrkosten), Ziffer 1.4 (Kostentlastungen) und Ziffer 1.5 (Messeinrichtung) gilt: Änderungen der Preise werden jeweils zum Monatsbeginn und erst nach öffentlicher Bekanntgabe wirksam, die mindestens sechs Wochen vor der beabsichtigten Änderung erfolgen muss. Der Grundversorger ist verpflichtet, zu den beabsichtigten Änderungen zeitlich mit der öffentlichen Bekanntgabe eine briefliche Mitteilung an den Kunden zu versenden und die Änderungen auf seiner Internetseite zu veröffentlichen. Der Kunde kann bei einer Preisänderung mit einer Frist von einem Monat auf das Ende des nächsten Kalendermonats den Versorgungsvertrag kündigen. Die Kündigung bedarf der Textform und soll vom Versorger innerhalb einer Frist von zwei Wochen nach Eingang in Textform bestätigt werden. Der Grundversorger wird kein gesondertes Entgelt für den Fall einer Kündigung des Vertrages, insbesondere wegen eines Wechsels des Lieferanten verlangen. Änderungen der Preise werden gegenüber demjenigen Kunden nicht wirksam, der bei einer fristgemäßen Kündigung des Vertrages dem Grundversorger die Einleitung eines Wechsels des Versorgers durch einen entsprechenden Vertragsschluss innerhalb eines Monats nach Zugang der Kündigung nachweist.
- 1.8 Behördlich genehmigte Entgelte sind für den Kunden verbindlich. Wird die Entscheidung einer Behörde zu einem vom Kunden dem Grundversorger geschuldeten Entgelt rechtskräftig wieder aufgehoben, so gelten zwischen dem Kunden und dem Grundversorger die rechtskräftig festgestellten Entgelte als vereinbart und zwar zu dem in der rechtskräftigen Entscheidung festgelegten Zeitpunkt, wenn dies eine Partei verlangt. Der Differenzbetrag zwischen der Entscheidung der Behörde und der späteren rechtskräftigen Entscheidung für zurückliegende Zeiträume ist dann zwischen dem Kunden und dem Grundversorger auszugleichen, wobei § 247 BGB ab dem Zeitpunkt gilt, zu dem die ursprüngliche Entscheidung der Behörde ergangen ist.
- 1.9 Änderungen der im Preisblatt angegebenen Preise nach den vorstehenden Ziffern 1.3 bis 1.8 gelten vom Kunden als genehmigt, wenn er nicht innerhalb von sechs Wochen nach öffentlicher Bekanntgabe der Preisänderung dieser in Textform widerspricht, der Grundversorger bei der öffentlichen Bekanntgabe der Preisänderung darauf hinweist, dass bei nicht rechtzeitigem Widerspruch des Kunden gegen die Preisänderung diese zwischen dem Grundversorger und dem Kunden zu dem in der Veröffentlichung angegebenen Zeitpunkt gilt, der Kunde über einen Zeitraum von mindestens 3 Monaten hinaus weiterhin Gas vom Grundversorger bezieht und die auf die Preisänderung folgenden drei nächsten Abschlagszahlungen beim Grundversorger eingehen. Abschnitt VII. Ziffer 1.7, letzter Satz bleibt hiervon unberührt.
- 2. Ersatzversorgung**
- 2.1 Sofern der Kunde über das Verteilernetz Gas bezieht, ohne dass dieser Bezug einer Lieferung oder einem bestimmten Gaslieferungsvertrag zugeordnet werden kann, gilt das vom Kunde aus dem Energieversorgungsnetz entnommene Gas als von dem Energieversorgungsunternehmen geliefert, das nach § 36 Abs. 1 EnWG berechtigt und verpflichtet ist. Dabei gelten die hierzu vom Unternehmen veröffentlichten Allgemeinen Preise. Das Unternehmen kann die Ersatzversorgung des Kunden verweigern, wenn diese für das Unternehmen aus wirtschaftlichen Gründen unzumutbar ist oder eine Ausnahme nach § 37 EnWG von der Ersatzversorgung vorliegt. Für die nach Satz 1 zu Stande gekommene Ersatzversorgung gelten zwischen dem Kunden und dem Unternehmen die AGBG in ihrer jeweils gültigen Fassung.
- 2.2 Das Unternehmen nach Abschnitt VII. Ziffer 2.1, Satz 1, kann den Gasverbrauch, der auf die erfolgte Ersatzversorgung nach Abschnitt VII. Ziffer 2.1 entfällt, aufgrund einer rechnerischen Abgrenzung schätzen und den ermittelten anteiligen Verbrauch dem Kunden in Rechnung stellen.
- 2.3 Erlangt der Kunde von den Voraussetzungen für eine Ersatzversorgung nach Abschnitt VII. Ziffer 2.1 Kenntnis, hat er das Unternehmen hierüber unverzüglich schriftlich zu informieren.
- 2.4 Der nach Abschnitt VII. Ziffer 2.1 zu Stande gekommene Vertrag über die Ersatzversorgung des Kunden endet, sobald die Belieferung der Entnahmestelle des Kunden wieder auf der Grundlage eines wirksamen Gaslieferungsvertrages erfolgt, spätestens aber 3 Monate nach Beginn der Ersatzversorgung. Nach dem Ablauf von 3 Monaten besteht für den Kunden kein Anspruch mehr gegen das Unternehmen auf eine Ersatzversorgung.
- 2.5 Für die Ersatzversorgung gelten Abschnitt II. Ziffer 2 bis 7, Abschnitt III. Ziffer 1, 2, und 4, Abschnitt IV. und V., Abschnitt VI. Ziffer 1 und 3, Abschnitt VII. Ziffer 1 sowie für die Beendigung der Ersatzversorgung Abschnitt VI. Ziffer 2.2 entsprechend. Abschnitt III. Ziffer 2.2 gilt mit der Maßgabe, dass das Unternehmen den Energieverbrauch aufgrund der rechnerischen Abgrenzung schätzen und den anteiligen Verbrauch in Rechnung stellen darf.
- 2.6 Das Unternehmen nach Abschnitt VII. Ziffer 2.1 Satz 1 wird dem Kunden unverzüglich nach Kenntnisnahme den Zeitpunkt des Beginns und des Endes der Ersatzversorgung in Textform mitteilen. Dabei wird er ebenfalls mitteilen, dass spätestens nach dem Ende der Ersatzversorgung zur Fortsetzung des Gasbezugs der Abschluss eines neuen Gaslieferungsvertrages durch den Kunden erforderlich ist.
- 3. Gerichtsstand**
- Gerichtsstand ist für die beiderseitigen Verpflichtungen aus dem Grundversorgungsvertrag der Ort der Gasentnahme durch den Kunden, bei Kunden, die Kaufleute sind, der Sitz des Grundversorgers.
- 4. Änderung der AGBG und der Ergänzenden Bedingungen**
- Änderungen der AGBG und der Ergänzenden Bedingungen werden erst nach öffentlicher Bekanntgabe wirksam, die mindestens sechs Wochen vor der beabsichtigten Änderung erfolgt. Der Grundversorger wird die Änderungen am Tag der öffentlichen Bekanntgabe auf seiner Internetseite veröffentlichen. Abschnitt VII. Ziffer 1.7 Satz 3, 4 und 6 (letzter Satz) sowie Ziffer 1.9 gelten entsprechend.
- 5. Einwilligung des Kunden nach dem Bundesdatenschutzgesetz (BDSG)**
- 5.1 *Der Kunde willigt darin ein, dass der Grundversorger die sich aus den Vertragsunterlagen und der Durchführung des Vertrages ergebenden personenbezogenen Daten des Kunden erhebt, verarbeitet, nutzt und im erforderlichen Umfang diese Daten an Dritte weitergibt, sofern dies zur Durchführung des Grundversorgungsvertrages erforderlich ist. Ohne die Einwilligung des Kunden nach Satz 1 können die Leistungen des Grundversorgers gegenüber dem Kunden nicht oder nur unzureichend erbracht werden.*
- 5.2 *Die Weitergabe von personenbezogenen Daten des Kunden an Dritte gemäß Ziffer 5.1 durch den Grundversorger erfolgt nur unter Beachtung der Bestimmungen des BDSG und im Rahmen der Einwilligung nach Ziffer 5.1 sowie mit der Maßgabe, dass der Dritte die erhaltenen Daten vertraulich sowie unter Beachtung des BDSG verwendet und er ein berechtigtes Interesse an diesen Daten hat.*
- 5.3 *Der Kunde ist berechtigt, vom Grundversorger Auskunft über die zu seiner Person beim Grundversorger gespeicherten Daten, den Zweck der Speicherung und die Personen und Stellen, an die seine Daten vom Grundversorger übermittelt wurden oder werden, zu verlangen. Der Kunde ist damit einverstanden, dass seine von der SW erhobenen persönlichen Daten (Name, Anschrift, Geburtsdatum) und seine Programmdaten (Gaslieferanten, Messstellenbetreiber bzw. dienstleister) von der SW zu Marktforschungszwecken und Beratungs- und Informationszwecken (Werbung) über Produkte und Dienstleistungen der SW und deren Partnerunternehmen gespeichert, verarbeitet und genutzt werden. Widerspricht der Kunde bei den SW der Nutzung oder Übermittlung seiner Daten für Zwecke der Werbung oder der Markt- und Meinungsforschung, ist eine Nutzung oder Übermittlung seiner Daten für diese Zwecke unzulässig. Der Kunde wird bei der Ansprache zum Zwecke der Werbung oder der Markt- oder Meinungsforschung über die SW als verantwortliche Stelle sowie über das Widerspruchsrecht unterrichtet.*